

Marseille, den 24. April 2005

Eine schlechte Verfassung, die ein verborgenes Krebsgeschwür unserer Demokratie ans Licht bringt

Liebe Kollegen und Freunde,

Nach sechs Monaten intensiven Nachdenkens zeichnet sich eine Reihe von Argumenten zum "Verfassungsvertrag" ab, die von ihm aus-, aber über ihn hinausgehen, Argumente, die weder rechts noch links liegen, sondern die jenseits aller Politik eine historische Gefahr für uns alle aufzeigen. Aus diesen Gründen dürfte diese kurze Argumentationsreihe Bürger gleich welcher Zugehörigkeit interessieren. Vor sechs Monaten, im September 2004, stimmte ich dem Text ohne ihn gelesen zu haben grundsätzlich zu, "damit es weitergeht", selbst wenn ich genau wußte, dass die Einrichtungen sehr unvollkommen waren. Ich wollte nicht zu denen gehören, die Europa bremsen. Ich glaube wirklich, dass jenseits einer Spaltung in rechts/links diese schöne Idee eines geeinten, eines brüderlicheren, stärkeren Europa einer überwältigenden Mehrheit von Europäern zusagt. Es ist ein Traum vom Frieden, der auf einem mehrheitlichen Konsens fußt.

Ich hatte den Text nicht gelesen und hatte auch überhaupt keine Zeit dazu: zuviel Arbeit. Europa ist fern, und ich fühlte mich durch die Zahl geschützt: im Fall eines Abgleitens würde es schon ein paar geben, um uns zu verteidigen ... und so verzichtete ich darauf, "Politik zu machen", d.h., ich

verzichtete darauf, mich um meine eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Es kamen bereits Aufrufe gegen den Vertrag auf, aber sie kamen von den äußersten Rändern des politischen Schachbretts und aus diesem einfachen Grund habe ich mir nicht einmal die Mühe gemacht, ihre Argumente zu lesen, und ging vertrauensvoll im Meinungsstrom der größten Zahl mit, ohne die Überzeugungskraft der vorgebrachten Ideen selber nachzuprüfen. Und dann kamen plötzlich Aufrufe von Leuten, die nicht im Verdacht stehen konnten, anti-europäisch zu sein. Ich habe also ohne Rücksicht auf Etikettierungen ihre Aufrufe gelesen, und ich habe die Argumente sehr triftig gefunden. Ich habe mich ans Lesen gemacht, ich habe sehr viel gelesen, ganze Bücher jeder Richtung, Fabius, Strauss-Kahn, Giscard, Jennar, Fitoussi, Généreux, usw. und nochmehr Artikel von Befürwortern des Vertrags, weil ich sicher sein wollte, dass ich mich nicht täusche. Und je mehr ich lese, desto besorgter bin ich. Heute denke ich ständig daran, ich schlafe schon fast nicht mehr, ich habe ganz einfach Angst, das Wesentliche zu verlieren: den Schutz vor der Willkür.

Ich lese heute weiterhin sämtliche Beiträge, solche die dafür sind, wie solche, die dagegen sind, ich suche weiterhin danach, wo es eine Unschlüssigkeit in der Folgerichtigkeit meines Denkens gibt und der vorliegende Text ist ein Aufruf, nachzudenken und weiterzukommen: sollte Ihnen eine Unschlüssigkeit auffallen, reden wir bitte darüber, ruhig, ehrlich, das ist wichtig. Ich kann mich täuschen, was ich wirklich zu vermeiden suche, überlegen wir gemeinsam, wenn Sie gerne mitdenken wollen.

Ich merke, dass es meine Aufgabe als Lehrer für Recht ist, ein bißchen mehr

als andere mit meinen Kollegen, aber auch mit meinen Schülern, mit den Journalisten darüber zu reden. Ich wäre ein Komplize, wenn ich den Mund halten würde.

So habe ich mehr als zehn schwerwiegende Gründe gefunden, die gegen diesen außerordentlich gefährlichen Text sprechen, und noch zehn andere Gründe, einen unerfreulichen und in Wirklichkeit völlig uneinträchtigen Text abzulehnen. Aber die fünf maßgeblichsten, überzeugendsten Gründe, die, die sich weil sie gerade die Möglichkeit, über Politik nachzudenken, in Frage stellen, quer durch alle politischen Meinungen ziehen, sind mir erst spät aufgefallen, denn man muss viel nachdenken, um sie ans Licht zu bringen. Es sind eben diese Gründe, für die ich Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen möchte und für die ich Sie um Ihre Meinung bitte, damit wir gemeinsam darüber reden, denn die Journalisten geben uns keine Möglichkeit zu öffentlichen Debatten.

In dieser Staatsangelegenheit werden die Grundlagen des Verfassungsrechts herunter gemacht, was fünf traditionelle Grundsätze in den Vordergrund rückt, die geschaffen worden sind, um die Bürger zu schützen.

1. Eine Verfassung muss gut lesbar sein, um eine Volksabstimmung möglich zu machen: der zur Abstimmung stehende Text ist nicht lesbar.
2. Eine Verfassung schreibt nicht die eine oder andere Politik vor: der zur Abstimmung stehende Text ist parteilich.
3. Eine Verfassung ist änderbar: der zur Abstimmung stehende Text ist aber durch die Forderung nach doppelter Einstimmigkeit verriegelt.
4. Eine Verfassung schützt vor Gewaltherrschaft durch Gewaltentrennung und die Kontrolle der Gewalten: der zur Abstimmung stehende Text organisiert weder eine echte Kontrolle der Gewalten, noch eine wirkliche Gewaltentrennung.
5. Eine Verfassung wird nicht von den Mächtigen gewährt, sie wird vom Volk durch eine verfassunggebende, unabhängige Versammlung, die dafür gewählt und nachher abberufen wird, selbst errichtet, genau aus dem Grund, um sich vor der Willkür der Mächtigen zu schützen: der zur Abstimmung stehende Text heißt die europäischen Einrichtungen gut, die seit fünfzig Jahren von den Machthabern als Richter und Partei zugleich geschrieben worden sind.

Etienne Chouard
Professor für Recht in Marseille